

## **Gesetzentwurf**

### **der Bundesregierung**

#### **Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 21. Dezember 1995 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Armenien über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen**

##### **A. Zielsetzung**

Verstärkung der beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen durch Förderung und gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen.

##### **B. Lösung**

Völkerrechtliche Absicherung von Direktinvestitionen, insbesondere durch Gewährleistung des freien Transfers von Kapital und Erträgen, Vereinbarung von Inländerbehandlung und Meistbegünstigung, Enteignungsschutz und Entschädigungspflicht sowie Rechtsweggarantie und internationaler Schiedsgerichtsbarkeit.

##### **C. Alternativen**

Keine

##### **D. Kosten der öffentlichen Haushalte**

1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugaufwand

Keine

2. Vollzugaufwand

Es entsteht kein Vollzugaufwand.

##### **E. Sonstige Kosten**

Kosten für die Wirtschaft und für soziale Sicherungssysteme entstehen nicht.



Bundesrepublik Deutschland  
Der Bundeskanzler  
042 (432) – 651 09 – Ka 117/99

Bonn, den 6. Mai 1999

An den  
Präsidenten des  
Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 21. Dezember 1995 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Armenien über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Die Vorlage ist vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie und vom Auswärtigen Amt gemeinsam erstellt worden.

Der Bundesrat hat in seiner 737. Sitzung am 30. April 1999 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

**Gerhard Schröder**



**Entwurf**

**Gesetz  
zu dem Vertrag vom 21. Dezember 1995  
zwischen der Bundesrepublik Deutschland  
und der Republik Armenien  
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen**

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

**Artikel 1**

Dem in Eriwan am 21. Dezember 1995 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Armenien über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen sowie dem dazugehörigen Protokoll vom selben Tage wird zugestimmt. Der Vertrag und das Protokoll werden nachstehend veröffentlicht.

**Artikel 2**

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 13 Abs. 2 und das Protokoll in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

## **Begründung zum Vertragsgesetz**

### **Zu Artikel 1**

Auf den Vertrag findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da er sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 105 Abs. 3 des Grundgesetzes erforderlich, weil das im Vertrag vereinbarte Diskriminierungsverbot sich auch auf Steuern bezieht, deren Aufkommen den Ländern oder den Gemeinden ganz oder zum Teil zufließt.

### **Zu Artikel 2**

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem der Vertrag nach seinem Artikel 13 Abs. 2 und das Protokoll in Kraft treten, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

### **Schlußbemerkung**

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet. Auswirkungen auf die Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten, da es sich um einen Rechtsrahmen handelt, der über den in der Bundesrepublik Deutschland ohnehin bestehenden Rechtsschutz nicht hinausgeht.

Kosten bei Wirtschaftsunternehmen, insbesondere bei mittelständischen Unternehmen entstehen durch die Ausführung des Gesetzes nicht, da es ausschließlich einen erweiterten völkerrechtlichen Rechtsschutz für Investitionen in Armenien schafft.

**Vertrag**  
**zwischen der Bundesrepublik Deutschland**  
**und der Republik Armenien**  
**über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen**

Die Bundesrepublik Deutschland  
und  
die Republik Armenien –

in dem Wunsch, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten zu vertiefen,

in dem Bestreben, günstige Bedingungen für Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des einen Staates im Hoheitsgebiet des anderen Staates zu schaffen,

in der Erkenntnis, daß eine Förderung und ein vertraglicher Schutz dieser Kapitalanlagen geeignet sind, die private wirtschaftliche Initiative zu beleben und den Wohlstand beider Völker zu mehren –

haben folgendes vereinbart:

**Artikel 1**

Für die Zwecke dieses Vertrags

1. umfaßt der Begriff „Kapitalanlagen“ Vermögenswerte jeder Art, insbesondere
  - a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Rechte wie Hypotheken und Pfandrechte;
  - b) Anteilsrechte an Gesellschaften und andere Arten von Beteiligungen an Gesellschaften;
  - c) Ansprüche auf Geld, das verwendet wurde, um einen wirtschaftlichen Wert zu schaffen, oder Ansprüche auf Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben;
  - d) Rechte des geistigen Eigentums, wie insbesondere Urheberrechte, Patente, Gebrauchsmuster, gewerbliche Muster und Modelle, Marken, Handelsnamen, Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, technische Verfahren, Know-how und Goodwill;
  - e) öffentlich-rechtliche Konzessionen einschließlich Aufsuchungs- und Gewinnungskonzessionen;eine Änderung der Form, in der Vermögenswerte angelegt werden, läßt ihre Eigenschaft als Kapitalanlage unberührt;
2. bezeichnet der Begriff „Erträge“ diejenigen Beträge, die auf eine Kapitalanlage für einen bestimmten Zeitraum anfallen, wie Gewinnanteile, Dividenden, Zinsen, Lizenz- oder andere Entgelte;
3. bezeichnet der Begriff „Staatsangehörige“
  - a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland: Deutsche im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland,
  - b) in bezug auf die Republik Armenien: Armenier im Sinne der Verfassung der Republik Armenien und des jeweils geltenden Staatsangehörigkeitsgesetzes;
4. bezeichnet der Begriff „Gesellschaften“
  - a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland: jede juristische Person sowie jede Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft oder Vereinigung mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz im Hoheits-

gebiet der Bundesrepublik Deutschland hat, gleichviel, ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht,

- b) in bezug auf die Republik Armenien: juristische Personen und Unternehmen, die den Status einer juristischen Person besitzen, die der Gesetzgebung der Republik Armenien gemäß gegründet sind und sich im Hoheitsgebiet der Republik Armenien befinden.

**Artikel 2**

(1) Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei nach Möglichkeit fördern und diese Kapitalanlagen in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften zulassen. Sie wird Kapitalanlagen in jedem Fall gerecht und billig behandeln.

(2) Eine Vertragspartei wird die Verwaltung, die Verwendung, den Gebrauch oder die Nutzung der Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet in keiner Weise durch willkürliche oder diskriminierende Maßnahmen beeinträchtigen.

**Artikel 3**

(1) Jede Vertragspartei behandelt Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet, die im Eigentum oder unter dem Einfluß von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei stehen, nicht weniger günstig als Kapitalanlagen der eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften dritter Staaten.

(2) Jede Vertragspartei behandelt Staatsangehörige oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei hinsichtlich ihrer Betätigung im Zusammenhang mit Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet nicht weniger günstig als ihre eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Staatsangehörige und Gesellschaften dritter Staaten.

(3) Diese Behandlung bezieht sich nicht auf Vorrechte, die eine Vertragspartei den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten wegen ihrer Mitgliedschaft in einer Zoll- oder Wirtschaftsunion, einem gemeinsamen Markt oder einer Freihandelszone oder wegen ihrer Assoziierung damit einräumt.

(4) Die aufgrund dieses Artikels zu gewährende Behandlung bezieht sich nicht auf Vergünstigungen, die eine Vertragspartei den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten aufgrund eines Doppelbesteuerungsabkommens oder sonstiger Vereinbarungen über Steuerfragen gewährt.

**Artikel 4**

(1) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei genießen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vollen Schutz und volle Sicherheit.

(2) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nur zum allgemeinen Wohl und gegen Entschädigung enteignet, verstaatlicht oder anderen Maßnahmen unterworfen werden, die in ihren Auswirkungen einer Enteignung oder Verstaatlichung gleichkommen. Die Entschädigung muß dem Wert der enteigneten Kapitalanlage unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen, in dem die tatsächliche oder drohende Enteignung,

Verstaatlichung oder vergleichbare Maßnahme öffentlich bekannt wurde. Die Entschädigung muß unverzüglich geleistet werden und ist bis zum Zeitpunkt der Zahlung mit dem üblichen bankmäßigen Zinssatz zu verzinsen; sie muß tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme muß in geeigneter Weise für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme und die Höhe der Entschädigung müssen in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachgeprüft werden können.

(3) Staatsangehörige oder Gesellschaften einer Vertragspartei, die durch Krieg oder sonstige bewaffnete Auseinandersetzungen, Revolution, Staatsnotstand oder Aufruhr im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Verluste an Kapitalanlagen erleiden, werden von dieser Vertragspartei hinsichtlich der Rückerstattungen, Abfindungen, Entschädigungen oder sonstigen Gegenleistungen nicht weniger günstig behandelt als ihre eigenen Staatsangehörigen oder Gesellschaften. Solche Zahlungen müssen frei transferierbar sein.

(4) Hinsichtlich der in diesem Artikel geregelten Angelegenheiten genießen die Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Meistbegünstigung.

#### Artikel 5

Jede Vertragspartei gewährleistet den Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei den freien Transfer der im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehenden Zahlungen, insbesondere

- a) des Kapitals und zusätzlicher Beträge zur Aufrechterhaltung oder Ausweitung der Kapitalanlage;
- b) der Erträge;
- c) zur Rückzahlung von Darlehen;
- d) des Erlöses im Fall vollständiger oder teilweiser Liquidation oder Veräußerung der Kapitalanlage;
- e) der in Artikel 4 vorgesehenen Entschädigungen.

#### Artikel 6

Leistet eine Vertragspartei ihren Staatsangehörigen oder Gesellschaften Zahlungen aufgrund einer Gewährleistung für eine Kapitalanlage im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, so erkennt diese andere Vertragspartei, unbeschadet der Rechte der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 10, die Übertragung aller Rechte oder Ansprüche dieser Staatsangehörigen oder Gesellschaften kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts auf die erstgenannte Vertragspartei an. Ferner erkennt die andere Vertragspartei den Eintritt der erstgenannten Vertragspartei in alle diese Rechte oder Ansprüche (übertragene Ansprüche) an, welche die erstgenannte Vertragspartei in demselben Umfang wie ihr Rechtsvorgänger auszuüben berechtigt ist. Für den Transfer von Zahlungen aufgrund der übertragenen Ansprüche gelten Artikel 4 Absätze 2 und 3 und Artikel 5 entsprechend.

#### Artikel 7

(1) Transferierungen nach Artikel 4 Absatz 2 oder 3, Artikel 5 oder 6 erfolgen unverzüglich zu dem jeweils gültigen Kurs.

(2) Dieser Kurs muß dem Kreuzkurs (cross rate) entsprechen, der sich aus denjenigen Umrechnungskursen ergibt, die der Internationale Währungsfonds zum Zeitpunkt der Zahlung Umrechnungen der betreffenden Währungen in Sonderziehungsrechte zugrunde legen würde.

#### Artikel 8

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Vertrag zwischen den Vertragsparteien bestehen oder in Zukunft

begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung, durch die den Kapitalanlagen der Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als nach diesem Vertrag zu gewähren ist, so geht diese Regelung dem vorliegenden Vertrag insoweit vor, als sie günstiger ist.

(2) Jede Vertragspartei wird jede andere Verpflichtung einhalten, die sie in bezug auf Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet übernommen hat.

#### Artikel 9

Dieser Vertrag gilt auch für Kapitalanlagen, die Staatsangehörige oder Gesellschaften der einen Vertragspartei in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei in deren Hoheitsgebiet schon vor dem Inkrafttreten dieses Vertrags vorgenommen haben.

#### Artikel 10

(1) Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrags sollen, soweit möglich, durch die Regierungen der beiden Vertragsparteien beigelegt werden.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen der beiden Vertragsparteien zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder kann er aus einem anderen Grund dieser Tätigkeit nicht nachkommen, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder kann auch er aus einem anderen Grund dieser Tätigkeit nicht nachkommen, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofs, das nicht die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien besitzt, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

(6) Sind beide Vertragsparteien auch Vertragsstaaten des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten, so kann mit Rücksicht auf die Regelung in Artikel 27 Absatz 1 des Übereinkommens das vorstehend vorgesehene Schiedsgericht insoweit nicht angerufen werden, als zwischen den Staatsangehörigen oder der Gesellschaft einer Vertragspartei und der anderen Vertragspartei eine Vereinbarung nach Maßgabe des Artikels 25 des Übereinkommens zustande gekommen ist. Die Möglichkeit, das vorstehend vorgesehene Schiedsgericht im Fall der Nichtbeachtung einer Entscheidung des Schiedsgerichts des genannten Übereinkommens (Artikel 27) oder im Fall der Übertragung kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts nach Artikel 6 dieses Vertrags anzurufen, bleibt unberührt.

**Artikel 11**

(1) Meinungsverschiedenheiten in bezug auf Kapitalanlagen zwischen einer der Vertragsparteien und einem Staatsangehörigen oder einer Gesellschaft der anderen Vertragspartei sollen, soweit möglich, zwischen den Streitparteien gütlich beigelegt werden.

(2) Kann die Meinungsverschiedenheit innerhalb einer Frist von sechs Monaten ab dem Zeitpunkt ihrer Geltendmachung durch eine der beiden Streitparteien nicht beigelegt werden, so wird sie auf Verlangen des Staatsangehörigen oder der Gesellschaft der anderen Vertragspartei einem Schiedsverfahren unterworfen. Sofern die Streitparteien keine abweichende Vereinbarung treffen, sind die Bestimmungen des Artikels 10 Absätze 3 bis 5 sinngemäß mit der Maßgabe anzuwenden, daß die Bestellung der Mitglieder des Schiedsgerichts nach Artikel 10 Absatz 3 durch die Streitparteien erfolgt und daß, soweit die in Artikel 10 Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten werden, jede Streitpartei mangels anderer Vereinbarungen den Präsidenten des Schiedsgerichtshofs der Internationalen Handelskammer in Paris bitten kann, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Der Schiedsspruch wird nach innerstaatlichem Recht vollstreckt.

(3) Die an der Streitigkeit beteiligte Vertragspartei wird während eines Schiedsverfahrens oder der Vollstreckung eines Schiedsspruchs nicht als Einwand geltend machen, daß der Staatsangehörige oder die Gesellschaft der anderen Vertragspartei eine Entschädigung für einen Teil des Schadens oder den Gesamtschaden aus einer Versicherung erhalten hat.

(4) Für den Fall, daß beide Vertragsparteien auch Vertragsstaaten des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten geworden sind, werden Meinungsverschiedenheiten nach diesem Artikel zwischen den Streitparteien einem Schiedsverfahren im Rahmen des vorgenannten Übereinkom-

mens unterworfen, es sei denn, die Streitparteien treffen eine abweichende Vereinbarung; jede Vertragspartei erklärt hiermit ihr Einverständnis zu einem solchen Verfahren.

**Artikel 12**

Dieser Vertrag gilt unabhängig davon, ob zwischen den beiden Vertragsparteien diplomatische oder konsularische Beziehungen bestehen.

**Artikel 13**

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Bonn ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Er bleibt zehn Jahre lang in Kraft; nach deren Ablauf verlängert sich die Geltungsdauer auf unbegrenzte Zeit, sofern nicht eine der beiden Vertragsparteien den Vertrag mit einer Frist von zwölf Monaten vor Ablauf schriftlich kündigt. Nach Ablauf von zehn Jahren kann der Vertrag jederzeit mit einer Frist von zwölf Monaten gekündigt werden.

(3) Für Kapitalanlagen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Vertrags vorgenommen worden sind, gelten die Artikel 1 bis 12 noch für weitere zwanzig Jahre vom Tag des Außerkrafttretens des Vertrags an.

**Artikel 14**

Mit dem Inkrafttreten dieses Vertrags tritt der Vertrag vom 13. Juni 1989 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Armenien außer Kraft.

Geschehen zu Eriwan am 21. Dezember 1995 in zwei Urschriften, jede in deutscher und armenischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland  
Kinkel

Für die Republik Armenien  
Papasian

## Protokoll

Bei der Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Armenien über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten außerdem folgende Bestimmungen vereinbart, die als Bestandteile des Vertrags gelten:

### (1) Zu Artikel 1

- a) Erträge aus der Kapitalanlage und im Fall ihrer Wiederanlage auch deren Erträge genießen den gleichen Schutz wie die Kapitalanlage.
- b) Unbeschadet anderer Verfahren zur Feststellung der Staatsangehörigkeit gilt insbesondere als Staatsangehöriger einer Vertragspartei jede Person, die einen von den zuständigen Behörden der betreffenden Vertragspartei ausgestellten nationalen Reisepaß besitzt.

### (2) Zu Artikel 2

- a) Kapitalanlagen, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei vorgenommen sind, genießen den vollen Schutz des Vertrags.
- b) Der Vertrag gilt auch in den Gebieten der ausschließlichen Wirtschaftszone und des Festlandsockels, soweit das Völkerrecht der jeweiligen Vertragspartei die Ausübung von souveränen Rechten oder Hoheitsbefugnissen in diesen Gebieten erlaubt.

### (3) Zu Artikel 3

- a) Als „Betätigung“ im Sinne des Artikels 3 Absatz 2 ist insbesondere, aber nicht ausschließlich, die Verwaltung, die Verwendung, der Gebrauch und die Nutzung einer Kapitalanlage anzusehen. Als eine „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3 ist insbesondere anzusehen: die unterschiedliche Behandlung im Falle von Einschränkungen des Bezugs von Roh- und Hilfsstoffen, Energie und Brennstoffen sowie Produktions- und Betriebsmitteln aller Art, die unterschiedliche Behandlung im Falle von Behinderungen des Absatzes von Erzeugnissen im In- und Ausland sowie sonstige Maßnahmen mit ähnlicher Auswirkung. Maßnahmen, die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Volksgesundheit oder Sittlichkeit zu treffen sind, gelten nicht als „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3.

- b) Die Bestimmungen des Artikels 3 verpflichten eine Vertragspartei nicht, steuerliche Vergünstigungen, Befreiungen und Ermäßigungen, welche gemäß den Steuergesetzen nur den in ihrem Hoheitsgebiet ansässigen natürlichen Personen und Gesellschaften gewährt werden, auf im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei ansässige natürliche Personen und Gesellschaften auszudehnen.
- c) Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften Anträge auf die Einreise und den Aufenthalt von Personen der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen wollen, wohlwollend prüfen; das gleiche gilt für Arbeitnehmer der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen und sich dort aufhalten wollen, um eine Tätigkeit als Arbeitnehmer auszuüben. Auch Anträge auf Erteilung der Arbeitserlaubnis werden wohlwollend geprüft.

### (4) Zu Artikel 4

Ein Anspruch auf Entschädigung besteht auch dann, wenn durch staatliche Maßnahmen in das Unternehmen, das Gegenstand der Kapitalanlage ist, eingegriffen und dadurch seine wirtschaftliche Substanz erheblich beeinträchtigt wird.

### (5) Zu Artikel 7

Als „unverzüglich“ durchgeführt im Sinne des Artikels 7 Absatz 1 gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Beachtung der Transferförmlichkeiten erforderlich ist. Die Frist beginnt mit der Einreichung eines entsprechenden Antrags und darf unter keinen Umständen zwei Monate überschreiten.

(6) Bei Beförderungen von Gütern und Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehen, wird eine Vertragspartei die Transportunternehmen der anderen Vertragspartei weder ausschalten noch behindern und, soweit erforderlich, Genehmigungen zur Durchführung der Transporte erteilen. Hierunter fallen Beförderungen von

- a) Gütern, die unmittelbar für die Kapitalanlage im Sinne des Vertrags bestimmt sind oder die im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei oder eines dritten Staates von einem Unternehmen oder im Auftrag eines Unternehmens angeschafft werden, in dem Vermögenswerte im Sinne des Vertrags angelegt sind;
- b) Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage reisen.

Geschehen zu Eriwan am 21. Dezember 1995 in zwei Urschriften, jede in deutscher und armenischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland  
Kinkel

Für die Republik Armenien  
Papasian

**Պ Ա Յ Մ Ա Ն Ա Գ Ի Ր**

**Գերմանիայի Դաշնակցային Նահրապետության  
և Նայտպրանկի Նահրապետության միջև կապիտալ  
ներդրումների խրախուսման և փոխադարձ պաշտպանության մասին**

Գերմանիայի Դաշնակցային Նահրապետությունը

ու

Նայտպրանկի Նահրապետությունը,

կամենում խորացնել երկու պետությունների փոխհարաբերակցությունը,

ազդելով բարենպաստ պայմաններ ստեղծել մի պետության քաղաքացիների կամ բնակչության ներքին կապիտալ ներդրումներ մյուս պետության տարածքում կատարելու համար,

գիշտակելով, որ ազգ կապիտալ ներդրումների խրախուսմանն աջակցելն ու դրանով պայմանագրային պաշտպանությունը կարող են ստիպուցանել մասնավոր փոխհարաբերակցության հարմարեցումներն ու բազմապատկել երկու միտմտությունների բարեկեցությունը,

պայմանավորվելիս ներքինչյուրի մասին,

**ՆՈՒՎԱՄ 1**

Առյև Պայմանագրի կապուղիների համար

- 1 «Կապիտալ ներդրումներ» հասկանությունն ընդգրկում է գույքային արժեքների բոլոր տեսակները, մասնավորապես
  - ա/ չսրբանվան և անշարժ իրերի սեփականությունը, ինչպես նաև մյուս գույքային կապումները, ինչպես իր ներդրումներն իրավունքները և գումարական կապումները,
  - բ/ բնակչության ներքին մասներում նախն մասնակցություն և մասնակցություն մյուս ԱՆԻԻ նկատմամբ կապումները,
  - գ/ փոխհարաբերակցության արժեքների ստեղծման համար սպասարկված դրամական միջոցների վերաբերյալ կամ փոխհարաբերակցության արժեք ունեցող ժառանգությունների վերաբերյալ ստեղծումների կապումներ,
  - դ/ մասնավոր սեփականություն իրավունքները, ինչպես իր նաև մասնավորապես կեղևնակային իրավունքները պարտաւարձության փոխհարաբերակցության «Նորո Նորո» և «գրուղիլլը», գրանցված Ֆիլիպաների նախընտր. անվանումները, այդ յուրաքանչյուր նախընտր. անվանումը, անպահանջները, ստրապրական գաղտնիքները,
  - ե/ իրավաստիտության կոնցեսիաները, ներդրյալ բնական պաշարների կապիտալումն ու այդ յուր նախանումը.

գույքային արժեքների ներդրման փետանի փոփոխությունը չի շոշախում գրանց կապությունը որպես կապիտալ ներդրումի.
- 2. «Եկամտի տեսակի արժեքներ» կապումներն է կապիտալ ներդրման շնորհիվ որոշակի ժամանակահատվածում ստացվող գումարները, ինչպես նաև շահույթի մասը. գիվիլիտները. դոկուաները. լիզինգիային կամ այլ վարձատրություններ.
- 3. «բաղաբաղիներ» գեղյվներ կշանտկամ է.
  - ա/ Գերմանիայի Դաշնակցային Նահրապետության նկատմամբ.
    - գերմանիայի ներքին Գերմանիայի Դաշնակցային Նահրապետության կամ նախան սթեղին համարապատիտան
  - բ/ Նայտպրանկի Նահրապետության նկատմամբ.
    - Նայտպրանկի Նահրապետության Մարմանորոշության և գործող սթեղնորոշություն իրավաստիտան Նայտպրանկի Նահրապետության քաղաքացի աստիտագու Ֆիլիպանան անհանը
- 4 «Ընկերություններ» տեսակներ կշանտկամ է.
  - ա/ Գերմանիայի Դաշնակցային Նահրապետության նկատմամբ.
    - յուր նախան իրավաստիտան ունի կամ ստեղծույին բնակչությանն այլ բնակչությաններ կամ միտմտումներ իրավաստիտան ունի իրավունքով կամ առանց դրա Գերմանիայի Դաշնակցային Նահրապետության գործածում գրանցելու փողով, անկան այն բանիվ գրանց գործունեությունն ուղղված է շահույթ ստանալուն լի ույ:



ՀՀ Մի Պալմանաժողովոյ կողմի բարդարացիներ կամ շնիկութեայնները մտա Պալմանաժողովոյ կողմի գաղաժըրոմ օգրվում են սոյն հողվածոյ կորգութարոյ հարցերի նկատմամբ ստովի բարձրարամուն գործելակարգից:

**ՆՈՒՂԱՄ Գ**

Պալմանաժողովոյ կողմերից յորտքանչորս մյուս Պալմանաժողովոյ կողմի բարդարացիներին կամ բնիկութեայններին երաշխաժողրոմ է կառվարոյ ներդրումների նկատմամբ վճարումների ազատ ժողաւորում մասնաժողրոստից՝

ա) կառվարոյ է կառվարոյ ներդրումների ծովարք արտեղարմելոյ լամ սովիարմելոյ համար լրարոսցից գումարների,

բ) նկատմարմելոյ,

գ) ժողաւորութեայնների մարմուն համար վճարվոյ գումարների,

դ) կառվարոյ ներդրումների լրիվ կամ մասնաժող վերալմուն կամ օգոյումուն դեղրոմ ուրալարոյ հոտոյից:

ե) սոյն Պալմանաժող 4-ոյ հողվածում նոխարմարմած վորիտարոս ջումների:

**ՆՈՒՂԱՄ Ե**

Երի Պալմանաժողովոյ կողմերից մեկը մյուս Պալմանաժողովոյ կողմի գաղաժըրոմ կառվարոյ ներդրումն կառվարի նիմուն վար գումարներ է վճարում իր բարդարացիներին կամ բնիկութեայններին: սոյս այդ մյուս Պալմանաժողովոյ կողմը, արունգ ստույին Պալմանաժողովոյ կողմի սոյն Պալմանաժող 7-ժ հողվածից բողո կրովորութեայն կառվարի կամ գործարքի նիմուն վրոմ ճանայելո է այդ բարդարացիների կամ շնիկութեայնների բողո կրովորութեայնի ու արտեղարմելոյ հունձ հունձ արտույին Պալմանաժողովոյ կողմի ուրալ գումար, մյուս Պալմանաժողովոյ կողմը ճանայում է արտույին Պալմանաժողովոյ կողմի՝ այդ բողո կրովորութեայնի կամ արտեղարմելոյ ժողաւորների/ արտեղարմելոյ, արտեղարմելոյ ստույին Պալմանաժողովոյ կողմի կառվարոյ է կրովորութեայն սոյն ծովարոյ, ինչ կրովորութեայնը Պալմանաժողովոյ հունձ հունձ կառվարների նիմուն վրո կրովորութեայն վճարների վրալմուն նիարմամբ հոտոյարմարմունարար գործում են սոյն Պալմանաժող 4 հողվածի 2 և 3 արտեղարմելոյն ներքից կամ 6 հողվածը:

**ՆՈՒՂԱՄ Զ**

1՝ 4 հողվածի 2 կամ 3 արտեղարմելոյն ներքից կամ 5 կամ 6 հողվածներում նշված վճարների վորտարմելոյ կառվարմարմած են արտեղարոյ, բար րվոյ արտիկ գրքոյ կորսի:

2՝ Այդ կորսը արոք է հոտալարոստիտի կողմերից կառվարոյ այն բողո կառվարմելոյ հարուն, արունք միջարգոյին արտարոսմելոյն Ֆունք նիմո կրկարներ կամ արտարոստիտն րտարոստիտի միջարգոյին վճարումների վկարմելոյարմուն համար special drawing rights/ վճարումների րակարմարմուն արտիկ:

**ՆՈՒՂԱՄ Ը**

3՝ Երի մի Պալմանաժողովոյ կողմի արտեղարմելոյ կամ Պալմանաժողովոյ կողմերի միջև սոյն Պալմանաժող 5-ն կառվարմարմուն հողվածից բողո է մի բողոարոյ կամ հողրոյ գրոյ, բար րվոյ մյուս Պալմանաժողովոյ կողմի բողարարմելոյ կամ բնիկութեայնների կառվարոյ ներդրումները ստովի բողարարոյ գործելակարգից սղոյի օգրվեն, բուն նոխարմարմած է սոյն Պալմանաժողովոյ, սղա արտարմուն արտարոստիտի րտուն սոյն Պալմանաժող արտարմելոյ նիարմամբ, անի ու արտիկ բողարարոյ է:

2՝ Պալմանաժողովոյ կողմերից յորտքանչորս արտեղարմելոյ է սունց մի այդ արտեղարմելոյն, որ կա արունձել է մյուս Պալմանաժողովոյ կողմի բողարարմելոյ կամ բնիկութեայնների կառվարոյ, ներդրումների նկատմամբ իր արտածրոմ:

**ՆՈՒՂԱՄ Թ**

Սոյն Պալմանաժողովոյ վերարմում է կուն սոյն կառվարոյ ներդրումներին, արունք կրովարմարմելոյ են մի Պալմանաժողովոյ կողմի բողարարմելոյ կամ բնիկութեայնները մյուս Պալմանաժողովոյ կողմի արտեղարմելոյ հոտարոստիտն նրա արտածրոմ վեալո միջև սոյն Պալմանաժող 8-ոյ մեջ ներկը:

**ՆՈՒՂԱՄ Պ**

1՝ Սոյն Պալմանաժող մեկարմուն կամ կրովարմուն, սունց արմբ Պալմանաժողովոյ կողմերի միջև ծողում արտաճողարմելոյն, բար երտարմարմուն արոք է հողրվեն կուն Պալմանաժողովոյ կողմերի կառվարոյ րտուն ներքի կողմից:

2՝ Երի այդ կրովարմում արտաճողարմելոյն չեն կարոյ հողրվել, սղա Պալմանաժողովոյ կողմերից մեկի արտեղարմում այն հունձ հունձ է միջարտարմուն արտարմելոյ:

35 Աիջնորդական դադարակիր ստեղծվում է յուրաքանչյուր կանկրեթ դեպքի նստույթ, բնագիշտակ յուրաքանչյուր Պայմանավորվող կողմ նշանակում է միջնորդական դադարակիր ընկ, սովորաբար, ե միջնորդական դադարակիր երկու անդամները միասին սրբանավորվում են կողմից ակտիվություն բաղադրական թեկնադրություն մասին, որին երկու Պայմանավորվող կողմերն կամ ավարտընեները նշանակում են միջնորդական դադարակիր նույնպես: Աիջնորդական դադարակիր ստեղծվողը պետք է նշանակվեն երկու ամսվա ընթացքում, իսկ միջնորդական դադարակիր նստույթները երեք ամսվա ընթացքում սկսած այն պահից, երբ Պայմանավորվող կողմերից մեկը մյուս Պայմանավորվող կողմի ն կհաջրնի պարտավորությունը միջնորդական դադարակիր վճարին համձայնելու իր միտադրություն մասին:

47 Եթե սույն հոդվածի 3-րդ պարբերությունում նշված մասերից որևէ մեկը, սակայն այդ պայմանավորվածությունը բացակայությունը պետք է Պայմանավորվող կողմերից յուրաքանչյուրը նստույթ է անկրեթիչոր նշանակում են երկու կողմերից մեկը կողմնակա վիճակ ԱՄՆ-ի միջնորդական դադարակիր նստույթներին: Եթե նստույթում Պայմանավորվող կողմերից մեկի բաղադրությունը ունի կամ մեկ ուրիշ սրբադատ երան կատարում է իրականացնելու այդ գործու նկատմամբ, սակայն նշանակումները կկատարի փոխնստույթակիր: Եթե փոխնստույթակիր կողմերից մեկի բաղադրությունը ունի կամ որևէ այլ պայմանում չի կարող նշանակումներ կատարել, սակայն նշանակումները կկատարի է իրողգանին դադարակիր բաղադրությունի կողմից անդամը որը Պայմանավորվող կողմերից ոչ մեկի բաղադրությունը չունի:

5 Աիջնորդական դադարակիր վճար կարգերում է ձայնելու մեծամասնությամբ: Նյութ վճարները պարտավոր ուժ ունեն: Պայմանավորվող կողմերից յուրաքանչյուրը կրում է միջնորդական դադարակիր իր նշանակում անդամի գործունեությանը, ինչպես նաև դադարակիր գործունեություն իր ներդրությունը չունի: Եթե կազմում ձայնելու, Աիջնորդական դադարակիր նստույթների գործունեությունը կատարված ճողներին, ինչպես նաև մասն ձայնելու Պայմանավորվող կողմերը կրում են կախարարական: Աիջնորդական դադարակիր կարող է ձայնելու կարգավորման վերաբերյալ այլ որոշում ընդունելու: Առաջած բայրը կարգերում միջնորդական դադարակիր իր սշնազակարգը պրոշում է ինքնուրույն:

67 Եթե երկու Պայմանավորվող կողմերը կապիտալ ներդրումների վերաբերյալ պարտություններ են այդ պետությունների բաղադրություններ միջև վճարների կարգավորման 1965 թ. մարտի 18-ի Կոնվենցիայի մասնակից պետություններ են համախառնում, ապա դրանք կոնվենցիայի 27 հոդվածի պարբերության դրոշմները կազմի անկող, սույն հոդվածում նկատարված միջնորդական դադարակիր դիմելու կնքումը վ. Եթե մի Պայմանավորվող կողմի բաղադրություն կամ բնկերություն է մյուս Պայմանավորվող կողմի միջև պայմանավորվածություն է Անսք բեռվել Կոնվենցիայի 25 հոդվածին Կամպարտիմանը: Երանում չի շարժվում Մույն հոդվածում նիշարակված միջնորդական դադարակիր դիմելու կնքավորությունը: Երկույ կոնվենցիային Պրոպիտ 27/ կամպարտիմանը գործող Աիջնորդական դադարակիր վճարը շարաբերու պետում կամ պեներին կամ շարժողին կնքում վրա իրողները խիստնեղելու պետում նույն Պայմանագրի 6 հոդվածի կամաձայն:

ՆՊՐԿԱՄԵ 11

17 Աի Պայմանավորվող կողմի է մյուս Պայմանավորվող կողմի յուրաքանչյուր կամ բնկերություն միջև կապիտալ ներդրումների ստեղծությամբ շարակարծությունները: Բայրը կնքավորվում պետք է կողմերը կողգավորին փոխուրուրձ կամաձայնությունը:

27 Եթե վճար չի կարող կարգավորել կողմերից մեկի այդ մասին հաշարարարները սրբից սրված վեց ամսվա ընթացքում, ապա մյուս Պայմանավորվող կողմի բաղադրություն կամ բնկերություն պահանջով սուր Կամաձայնում է միջնորդական դադարակիր վճարին: Եթե վիճարարության շարժերը մեկ այլ համաձայնություն չեն գտնու, ապա պետք է սույն Պայմանագրի 10 հոդվածի 3-5 պարբերությունները կամպարտիմանարար կիրառել այն սրբանավոր, որ միջնորդական դադարակիր ստեղծվող նշանակումը վիճարարության կողմերն իրողներին են սույն Պայմանագրի 10 հոդվածի 2 պարբերությունը կամպարտիմանը: Ե որ կողմերից յուրաքանչյուրը սույն Պայմանագրի 10 հոդվածի 3 կարգերը բյուրուում նշված մասերը չպահարարելու է այդ պայմանավորվածության բաղադրությունը, վարքում կարող է դիմել Քաղաքում Աիջնորդական ստեղծությունը կարգավորմանը պայմանի միջնորդական դադարակիր նստույթներին խնդրելով կարգելու ստեղծվողը նշանակումները: Աիջնորդական դադարակիր որոշումը ի կարող է սովորում սուրային օրենսդրությունը կամպարտիմանը:

37 Աիջնորդական դադարակիրություն կամ միջնորդական դադարակիր որոշման կարգերում ժողովների վիճարարությանը մասնակցող Պայմանավորվող կողմը որպես աստեղծություն չի կարող ներկայարարել այն փաստը, որ մյուս Պայմանավորվող կողմի բնկերությունը կամ բնկերությունը կրած վնասի համար մասնակցի կամ լրիվ փոխարարում է սուրային ստեղծվողությունը կնքում կրող:

47 Եթե երկու Պայմանավորվող կողմերը նաև կապիտալ ներդրումների վերաբերյալ պարտություններ են այդ պետությունների բաղադրություններ միջև վճարների կարգավորման 1965 թ. մարտի 18-ի Կոնվենցիայի մասնակից պետություններ են գտնու, ապա Կիճարարության կողմերի միջև ստեղծված համաձայնությունները բայր սույն հոդվածի բնկերություն է, սակայն վիճարիչայ կոնվենցիայի շարժումներում գործող միջնորդական դադարակիր, բայր սուր չստեղծվում այն դեպքերին, որում ներդրումը վիճարարության կողմերը այդ շարակարծության մասին են պայմանավորվում: Պայմանավորվող կողմերից յուրաքանչյուրը սուր չստեղծվող կամպարտիմանը կարողին:

**ՆՈՐԱՅԻՆ 12**

Սույն Պայմանագիրը գործում է ունկրելու առնչությամբ, քեի եղկու Պայմանագրովույ կողմերի միջև դիվանագրական կամ կրուպարտուրուծ նարարերությունեզ զոյուրյու և ունեւ, թե ոչ:

**ՆՈՐԱՅԻՆ 13**

1/ Սույն Պայմանագրու կրթուկու և վավերագրան, ժամերուրերի ժոխուուուուու կրաուրովի կրաուրովուրի չաւե սեզւմ վավերուում:

2/ Սույն Պայմանագրու ումի մեջ կրուրի վավերագրերի վախուուակումից եկերու մեկ տմիու տեջ: Աււ գրածերու և կրաուր գրուրի էլեւ պայմանագրովույ կողմերից ոչ մեկու սույն Պայմանագրու կրաուր չեղյալ չուրարարի երու գործուդություն մամիկուր լրուուագրուց կրանեկու սույն ուուու, սույն Պայմանագրու կրկուրուովի սանուսումնուավակ վավերուում:

3/ Միկուչ սույն պայմանագրու գործուդություն կրաուրեզման պահու իրակուուագրված կրաուրույ նեղերուումերու նեղարմուր 1-12 հոդվածներու կրաուրներու ումի մեջ կրնուե Պայմանագրու գործուդությունեզ կրաուրկուման ուվանից եկերուգու թուե կրաուրներու ընդուգում:

**ՆՈՐԱՅԻՆ 14**

Սույն Պայմանագրու ումի մեջ ժոխեկու ուանեզ սկրված Պեյմանկույի Մաշակրային Տանրուրություն և Տալուարմի Տանրուրություն մուչե կրաուրում և գրածեյ Պեյմանկույի Մաշակրային Տանրուրություն և Պարիզային Միություն միջև 1959 թ. հունիսի 13-ի կրաուրույ նեղերուումերու վախուուարծ ուղեզրուվություն և իրախուուման մասիկու պայմանագրու:

Կրաուր և 1995 թ.վարսի գեկրեմբերի 21 -ին կրնուե թուղարում. կրկու բնարկուովու, յուրուրանչուրու գեկրմանեկեւում և նայեւեւում. թեկ ուում կրկու րեկուրե կր կրաուրուրեւ:

**ՊԵՐՄԱՆՈՒՅԻ ԴԷՆԱԿՅԱՅԻՆ ՏԱՆՐԱՊԵՏԻԹՅԱՆ ԿՈՂՄԻՑ**  
Կվեկե

**ՏԱՅԱՍՏԱՆԻ ՏԱՆՐԱՊԵՏՈՒԹՅԱՆ ԿՈՂՄԻՑ**  
Պայմանագրու



ՅԾ7 Կառուցելու ներդրման կառավարությանը բեռների և մարդկանց փոխադրման մեղմանակ Պաշտանավորվող կողմնակող ոչ մեկը չի ստեղծել և չի կառուցելու մյուս Պաշտանավորվող կողմի պրոնապորտային ձեռնարկություններին կառավարող պրոնապորտային գործողություններ և անհրաժեշտության դեպքում այդ փոխադրումները կառավարող թույլտվության կառուցելու Նիշույ գիտադրումներին չեն վերաբերվում:

ստանյն Պաշտանակարի խնամքով ունիլթականերն շտապույ ներդրումների կառավար կառավարվում բեռների կամ Պաշտանավորվող կողմնակող մեկի կամ կարող պետության պարաձրած որևէ ձեռնարկության կողմից կամ որևէ ձեռնարկության պատկերով ձեռք բերվող բեռների փոխադրումները, որոնցում սույն Պաշտանակարի խնամքով, գույրային ստեղծելներ են ներդրված:

Ի՛նչպիսիք փոխադրումները, որոնք կառավարող ներդրման կառավարությանը գործողության մեջ են գործվում:

Կնքված է 1995 թվականի դեկտեմբերի 27 -ին Երևան քաղաքում, երկու բնօրինակից: Կնքված է 1995 թվականի դեկտեմբերի 27 -ին Երևան քաղաքում, երկու բնօրինակից:

ԳԵՐՄԱՆԻԱՆԻ ԴԱՆՆԱԿԱՅԻՆՆԻՆ ՏԱՆՐԱԿԵՏՈՒԹՅԱՆ ԿՐԷՄԻՆՑ  
Իննկն  
ՏՈՒՆԻՍԻԱՆԻ ՏԱՆՐԱԿԱՅԻՆՆԻՆ ԿՐԷՄԻՆՑ  
Փախադրում

## Denkschrift zum Vertrag

### I. Allgemeines

Die Bundesrepublik Deutschland unterstützt den wirtschaftlichen Aufbau der Entwicklungsländer durch eine Reihe von Maßnahmen. Eine wichtige Rolle spielt dabei die Förderung privater Kapitalanlagen in Entwicklungsländern. Private Kapitalanlagen sind in besonderem Maße geeignet, die wirtschaftliche Entwicklung dieser Länder zu fördern und ihre außenwirtschaftlichen Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland zu verstärken. Investitionen der privaten Wirtschaft vermitteln neben Risikokapital vor allem auch technisches Wissen und unternehmerische Erfahrung.

Ein Mittel zur Förderung von Direktinvestitionen ist der Abschluß von Investitionsförderungsverträgen. Diese Verträge dienen der Förderung und dem Schutz privater Kapitalanlagen in Entwicklungsländern, indem sie bestimmte Rahmenbedingungen in völkerrechtlich verbindlicher Form festlegen.

Ein Vertrag ist ferner eine wichtige Voraussetzung für die Übernahme von Bundesgarantien gegen politische Risiken. Nach den Bestimmungen des Haushaltsgesetzes kann der Bund derartige Garantien grundsätzlich nur dann übernehmen, wenn mit dem betreffenden Land ein Investitionsförderungs- und -schutzvertrag besteht.

Der Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Armenien entspricht im wesentlichen dem deutschen Mustervertrag, der auch Grundlage zahlreicher entsprechender Verträge mit anderen Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion ist.

### II. Zu den Vertragsbestimmungen

Der Vertrag besteht aus 14 Artikeln; ihm ist ein Protokoll beigefügt.

#### Zu Artikel 1

Die Bestimmung enthält die Definition der Begriffe „Kapitalanlage“, „Erträge“, „Staatsangehörige“ und „Gesellschaften“. Nach Protokollnummer 1 Buchstabe a genießen Erträge den gleichen Schutz wie die Kapitalanlage.

#### Zu Artikel 2

Die Bestimmung enthält die allgemeine Förderungsklausel und das Prinzip einer gerechten und billigen Behandlung. Jede Seite sichert ferner zu, Kapitalanlagen von Investoren der anderen Seite nicht zu diskriminieren. Gemäß Protokollnummer 2 Buchstabe a genießen die nach den Rechtsvorschriften des jeweiligen Landes vorgenommenen Kapitalanlagen den vollen Schutz des Vertrags.

Nach Protokollnummer 2 Buchstabe b gilt der Vertrag auch in den Gebieten der ausschließlichen Wirtschaftszone und des Festlandssockels, soweit das Völkerrecht der jeweiligen Vertragspartei die Ausübung von souveränen Rechten oder Hoheitsbefugnissen in diesen Gebieten erlaubt.

#### Zu Artikel 3

In Artikel 3 ist der Grundsatz der Inländerbehandlung und der Meistbegünstigung niedergelegt. Danach darf der jeweilige ausländische Investor nicht weniger günstig behandelt werden als eigene Investoren oder Investoren dritter Staaten. Der Grundsatz gilt nicht für die Vornahme von Investitionen, vielmehr erst nach Vornahme der betreffenden Kapitalanlage. In der Protokollnummer 3 Buchstabe a werden einige Beispiele einer nach dem Vertrag unzulässigen Schlechterbehandlung aufgeführt. Protokollnummer 3 Buchstabe b stellt klar, daß die Gewährung bestimmter steuerlicher Vergünstigungen an Gebietsansässige nicht im Widerspruch zum Gebot der Inländerbehandlung steht. Protokollnummer 3 Buchstabe c enthält eine Wohlwollensklausel zur Anwendung der innerstaatlichen Rechtsvorschriften hinsichtlich Einreise, Aufenthalt und Arbeitserlaubnis im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage.

#### Zu Artikel 4

Die Bestimmung behandelt den Eigentumsschutz, die Entschädigungspflicht im Falle einer Enteignung sowie den ordentlichen Rechtsweg zur Überprüfung von Enteignungsmaßnahmen. Eine Enteignung oder Verstaatlichung ist nur zum allgemeinen Wohl und gegen wertentsprechende Entschädigung zulässig. Die Entschädigung muß unverzüglich geleistet werden. Sie ist bis zur Zahlung zu verzinsen und muß tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein. Eine Entschädigungspflicht besteht gemäß Protokollnummer 4 auch bei staatlichen Eingriffen in das Unternehmen, an dem der Investor beteiligt ist. Bei Verlusten an Kapitalanlagen infolge Krieg, Staatsnotstand oder sonstiger Ausnahmesituationen wird Inländerbehandlung und Meistbegünstigung im Falle einer Entschädigung zugesichert.

#### Zu Artikel 5

Die Bestimmung enthält das wichtige Prinzip des freien Transfers von Kapital und Erträgen. Danach werden die Konvertierung in Devisen sowie der Transfer von Kapital und Erträgen, der Rückzahlung von Darlehen, des Erlöses im Falle der Liquidation oder Veräußerung einer Kapitalanlage sowie der in Artikel 4 vorgesehenen Entschädigungen gewährleistet.

#### Zu Artikel 6

Die Bestimmung enthält den Grundsatz der Subrogation. Sie stellt sicher, daß die Bundesrepublik Deutschland im Falle einer Entschädigungszahlung an den deutschen Investor aufgrund einer Bundesgarantie gegen politische Risiken die auf sie übergegangenen Rechte und Ansprüche des Investors im eigenen Namen gegenüber dem Vertragspartner geltend machen kann.

#### Zu Artikel 7

Der Transfer nach Artikel 4, 5 oder 6 ist unverzüglich zu dem jeweils gültigen Wechselkurs durchzuführen. Dieser Kurs muß dem Kreuzkurs entsprechen, der sich aus der

Umrechnung der jeweiligen Währungen in Sonderziehungsrechte des Internationalen Währungsfonds ergibt.

Gemäß Protokollnummer 5 darf die Transferfrist zwei Monate nicht überschreiten.

#### Zu Artikel 8

Günstigere Regelungen für den Investor, sei es nach dem Recht des Anlagelandes oder aufgrund einer völkerrechtlichen Verpflichtung, gehen vor (sog. Besserstellungsklausel). Zugleich sichern die Vertragsparteien zu, daß sie dem Investor gegenüber übernommene Verpflichtungen einhalten werden.

#### Zu Artikel 9

Der Vertrag gilt auch für Altinvestitionen, die vor seinem Inkrafttreten in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der betreffenden Vertragspartei vorgenommen worden sind.

#### Zu Artikel 10

Die Bestimmung sieht das übliche Schiedsverfahren bei Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung des Vertrags vor.

#### Zu Artikel 11

Dieser Artikel sieht eine internationale Schiedsgerichtsbarkeit bei Meinungsverschiedenheiten zwischen einem Investor und dem jeweiligen Gaststaat vor. Kann eine Meinungsverschiedenheit in bezug auf eine Kapitalanlage nicht binnen einer Frist von sechs Monaten durch gütliche Bemühungen beider Seiten beigelegt werden, hat der Investor das Recht, den Streit durch ein nach den in

Artikel 10 festgelegten Regeln zu bildendes ad hoc-Schiedsgericht entscheiden zu lassen. Der Schiedsspruch wird nach innerstaatlichem Recht vollstreckt.

#### Zu Artikel 12

Der Vertrag enthält die übliche Fortgeltungsklausel, falls keine diplomatischen oder konsularischen Beziehungen bestehen sollten.

#### Zu Artikel 13

Der Vertrag steht unter dem Vorbehalt der Ratifikation. Nach dem Inkrafttreten gilt der Vertrag zunächst für zehn Jahre und wird sodann – mit zwölfmonatiger Kündigungsfrist – auf unbestimmte Zeit verlängert. Im Falle einer Kündigung bleiben die bis zum Außerkrafttreten des Vertrags vorgenommenen Kapitalanlagen noch weitere zwanzig Jahre lang geschützt.

#### Zu Artikel 14

Mit Inkrafttreten des Vertrags tritt der Vertrag vom 13. Juni 1989 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen im Verhältnis zu Armenien außer Kraft.

#### Zum Protokoll

Das Protokoll enthält eine Reihe von Erläuterungen und Ausführungsbestimmungen, die Bestandteil des Vertrags sind. Abgesehen von den im Zusammenhang mit den jeweiligen Artikeln erwähnten Bestimmungen enthält das Protokoll in Nummer 6 ein Behinderungsverbot bei Beförderungen von Gütern und Personen im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage.

